

GESCHÄFTS- BERICHT 2019

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG



LAGEBERICHT 2019

**NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg
mbH & Co. KG, Berlin**

Inhalt	Seite
1. Grundlagen des Unternehmens	3
Geschäftsmodell	3
2. Wirtschaftsbericht	4
2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	4
2.2 Energiepolitische und rechtliche Rahmenbedingungen	4
2.3 Geschäftsverlauf	5
2.4 Tätigkeitsabschluss Verteilung	6
3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	7
3.1 Ertragslage	7
3.2 Finanzlage	10
3.2.1 Kapitalstruktur	10
3.2.2 Liquidität	10
3.3 Vermögenslage	11
3.4 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage	12
4. Chancenbericht	12
5. Risikobericht	13
6. Prognosebericht	15

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin (nachfolgend NBB genannt) ist eine der größten örtlichen Erdgasverteilnetzbetreiberinnen bundesweit. Sie sorgt im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für einen technisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb der Gasverteilung in Berlin und großen Teilen Brandenburgs bis nach Sachsen und Sachsen-Anhalt hinein. Zu den Kernaufgaben der NBB zählen die Durchführung des sicheren, störungsfreien und effizienten Netzbetriebs, die Instandhaltung und der Ausbau der Leitungsnetzinfrastruktur, die Sicherstellung und Abwicklung des Netzzugangs und der Netzdurchleitung sowie die Überwachung beziehungsweise Steuerung von Dienstleistern. Darüber hinaus sind auch die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter, die technische und kaufmännische Beratung, die Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Erbringung sonstiger technischer Dienstleistungen Gegenstand der NBB.

Die NBB verfügt über ein Kapital von 1.000 Tsd.€, an dem zum 31. Dezember 2019 die GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin (nachfolgend GBG genannt) zu 80,5 %, die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam (nachfolgend EMB genannt) zu 16,5 % und die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus (nachfolgend SpreeGas genannt) zu 3,0 % als Kommanditistinnen beteiligt sind.

Komplementärin der NBB ist die NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, die für die Geschäftsführung der NBB verantwortlich ist. Sie ist weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der NBB beteiligt.

Die jeweilige Netzinfrastruktur ist im Eigentum der Anteilseigner EMB und SpreeGas. Die Netzinfrastruktur in Berlin ist zum wesentlichen Teil im Eigentum der GASAG AG, Berlin (nachfolgend GASAG genannt). Die Nutzungsrechte an den Netzen wurden durch Abschluss von Pachtverträgen auf die NBB übertragen. Darüber hinaus bestehen Pachtverträge für vier weitere Netzgebiete. Mit Abschluss der Pachtverträge erwarb die NBB die Netzbetreibereigenschaft im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Für die Zählpunkte in diesen Netzgebieten ist die NBB grundzuständige Messstellenbetreiberin.

Des Weiteren ist die NBB als Dienstleisterin in den Sparten Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung tätig.

Die NBB agiert dabei im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 und des Umweltmanagementsystems gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 14001 sowie des Informationssicherheitsmanagementsystems gemäß den Anforderungen der DIN ISO 27001/27019. Im Berichtsjahr wurden die Überwachungsaudits zu den Managementsystemen erfolgreich bestanden. Darüber hinaus verfügt die NBB über ein integriertes Technisches Sicherheitsmanagement (TSM) in der Sparte Gas nach DVGW Arbeitsblatt G1000 und in der Sparte Strom nach VDE-AR-N 4001 (S1000).

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm gemäß den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 nur noch um 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr zu. Hingegen stiegen die Bauinvestitionen kräftig um 3,8 % an. Vor allem in den öffentlichen Tief- und in den Wohnungsbau wurde deutlich mehr investiert als im Jahr 2018.

Schätzungen des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. von Januar 2020 zeigen, dass der Verbrauch von Erdgas im Jahr 2019 um 3,6 % im Vergleich zum Vorjahr anstieg. Hauptursache war ein kühleres Frühjahr und höherer Einsatz in Kraftwerken.

2.2 Energiepolitische und rechtliche Rahmenbedingungen

Der NBB wird von der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) im Rahmen der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) eine Erlösobergrenze für Netzentgelte beschieden. Im Geschäftsjahr 2018 begann die dritte Anreizregulierungsperiode.

Im Berichtsjahr 2019 wurde der NBB durch die BNetzA der für die dritte Regulierungsperiode gültige Erlösobergrenzenbeschluss übermittelt. Bestandteil des Beschlusses sind unter anderem die Mitteilung des Effizienzwertes in Höhe von 93,81 % sowie die Netzkostenbasis und der Kapitalkostenabzug.

Außerdem erhielt die NBB im Berichtsjahr die Beschlüsse zu den Salden der Regulierungskonten für die Jahre 2012 bis 2017.

Der Antrag auf Kapitalkostenaufschlag gemäß § 10a ARegV für das Jahr 2020 wurde antragsgemäß genehmigt.

Der Bundesgerichtshof hat am 9. Juli 2019 die von der Bundesnetzagentur vorgenommene Kürzung der Eigenkapitalzinssätze für Betreiber von Strom- und Gasnetzen bestätigt. Die BNetzA hatte für die dritte Regulierungsperiode den Zinssatz auf 6,91 % für Neuanlagen und 5,12 % für Altanlagen festgelegt.

Darüber hinaus wurde weiter an der Kooperationsvereinbarung Gas XI (KoV XI) gearbeitet. Die Veröffentlichung der KoV XI ist im Jahr 2020 geplant.

Die NBB unterstützt die Umsetzung der Klimaziele des Bundestages und der EU. Insbesondere die Ziele des im Dezember 2019 von der Europäischen Kommission vorgestellten sogenannten European Green Deal sind dabei wegweisend. Ziel des Green Deal ist, ein klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050 zu schaffen und den Schutz des natürlichen Lebensraumes zu gewährleisten.

Bedeutsame Entwicklungen sind auch aus dem im Oktober 2019 vom Bundestag beschlossenen Klimaschutzprogramm 2030 und dem Entwurf zum Klimaschutzgesetz zu erwarten. Danach sollen bis 2030 die CO₂-Emissionen in Deutschland um 55 % gesenkt werden. Ab 2021 soll erstmals ein CO₂-Preis in den Bereichen Wärme und Verkehr eingeführt werden. Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis sollen unter anderem in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden. Mit dem Einstieg in die CO₂-Bepreisung und der Anreiz- und Ordnungspolitik zum Heizaustausch wurden damit wichtige Signale für den Umstieg auf klimafreundliche Energieträger im Wärme- und Gebäudemarkt gesetzt.

Für die Gaswirtschaft von besonderer Bedeutung ist die im Klimaschutzprogramm 2030 auch formulierte Ankündigung, eine Wasserstoffstrategie zu entwickeln, woran die NBB bereits aktiv arbeitet.

Des Weiteren wurden ausgehend von der bestehenden Datenschutzorganisation die Anforderungen aus der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in einem übergreifenden Projekt der GASAG-Gruppe umgesetzt.

2.3 Geschäftsverlauf

Die Gastransportmenge der NBB in Höhe von 43.086 GWh verlief auf Vorjahresniveau.

Der Auftragsbestand des Netzanschlussgeschäfts im Netzgebiet der NBB stieg im Berichtsjahr 2019 weiterhin an.

Neben den regelmäßigen Instandhaltungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit wurde in Berlin unter anderem die Erneuerung der Erdgasübernahmestation Buckow begonnen. Diese wird über eine Gas-hochdruckleitung vom vorgelagerten Netzbetreiber mit Erdgas versorgt und speist das Erdgas in das Berliner Gasnetz ein. Die Versorgung über die neue Station ist im zweiten Halbjahr 2020 geplant.

Außerdem wurden im Berichtsjahr Teile der Anlagentechnik und die Messeinrichtungen vom Asset Owner GASAG an den Netzbetreiber NBB verkauft.

Zur Unterstützung der Energiewende setzte die NBB im Berichtsjahr ein Projekt zu den technischen Herausforderungen der Wasserstoffbeimischung in den Gasnetzinfrastrukturen und Gasanwendungen auf. Ziel ist es, die vorhandenen Gasnetze sukzessive auf 20 % H₂-ready zu gestalten.

Das Geschäft der Tochtergesellschaft infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, bestehend aus dem Betrieb einer webbasierten Austauschplattform für Leitungsauskünfte, Genehmigungen, Aufgrabe-, Havarie- und Anzeigmeldungen sowie dem Betrieb eines webbasierten Baustellenatlas, entwickelte sich im Jahr 2019 sehr positiv.

Die Tochtergesellschaft KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, verzeichnete im Berichtsjahr ebenfalls einen Anstieg des Jahresüberschusses. Die Gesellschaft bietet Dienstleistungen im Bereich des Störungs-, Notfall- und Krisenmanagements an.

Die Erträge aus der Beteiligung an der WGI GmbH, Dortmund, haben sich ebenfalls planmäßig positiv entwickelt. Diese wurden aus Dienstleistungen im Bereich der Geoinformatik, Auskünften über Leitungsnetze und verschiedensten Aufgaben im Geoinformationsbereich erwirtschaftet.

Des Weiteren unterstützt die NBB als Netzpächterin die Asset Owner als Konzessionsnehmer im Rahmen der Konzessionsvertragsstrategie, welche im Wesentlichen die Bestandssicherung der vorhandenen Konzessionen beinhaltet.

Im Rechtsstreit um die Neuvergabe der Gasnetz Konzession Berlin erging am 4. April 2019 das Berufungsurteil des Kammergerichts Berlin. Das Kammergericht bestätigte das erstinstanzliche Urteil des Landgerichts Berlin vom 9. Dezember 2014, mit dem das Land Berlin verurteilt worden war, den Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages mit dem Landesbetrieb Berlin Energie oder einem durch Umwandlung des Landesbetriebes Berlin Energie hervorgegangenen Unternehmen zu unterlassen. Zugleich wies auch das Kammergericht den Klageantrag von GASAG/NBB ab, die Konzession durch Annahme eines der beiden Angebote von GASAG/NBB zu vergeben. Nachdem das Kammergericht die Revision nicht zugelassen hatte, legten GASAG/NBB Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesgerichtshof ein, über die noch nicht entschieden wurde. Die Interimsvereinbarung in Bezug auf die Verpflichtung des ursprünglichen Konzessionsvertrages wurde bis zum 31. Dezember 2020 verlängert. Die Bindefrist der Konzessionsangebote wurde ebenfalls verlängert.

Jeweils mit Schreiben vom 22. Januar 2020 informierte die Senatsverwaltung für Finanzen GASAG und NBB darüber, das Konzessionsvergabeverfahren vor dem Hintergrund des Kammergerichtsurteils vom 4. April 2019 in

den Stand vor Versendung des zweiten Verfahrensbriefs zurückzusetzen. Weiter wurde GASAG und NBB die Übersendung eines zweiten modifizierten Verfahrensbriefes samt Kriterienkatalog angekündigt.

Im Vorjahr wurde das weitreichende Prozessoptimierungsprojekt „NBB 4.0“ zur Sicherstellung eines zukunftsorientierten und effizienten Netzbetriebs gestartet.

Im Berichtsjahr 2019 mündete dies, in Verbindung mit dem Transformationsprogramm „GASAG 2025“ der gesamten GASAG-Gruppe, in einer neuen Ablauf- und Aufbauorganisation. Darüber hinaus wurden nicht nur interne Prozesse effizienter gestaltet. Durch die Integration von unterschiedlichen Dienstleistern entlang der Wertschöpfungskette wurden außerdem Schnittstellenoptimierungen vorgenommen und die Ressourcensicherung insbesondere für technische Fachkräfte begünstigt.

Dabei war ein wesentlicher Bestandteil die zum 1. Januar 2019 rückwirkende Verschmelzung des technischen Dienstleisters BEGA.tec GmbH, Berlin (nachfolgend BEGA.tec genannt) auf die NBB, nachdem die NBB die BEGA.tec von der GASAG im Jahr 2019 erworben hatte.

Darüber hinaus wurde von dem Dienstleister GASAG Solution Plus GmbH, Berlin (nachfolgend GASAG Solution genannt) der Teilbetrieb Messtechnik zum 1. September 2019 und von dem Dienstleister BAS Kundenservice GmbH & Co. KG, Berlin (nachfolgend BAS genannt) der Teilbetrieb Netzabrechnung zum 1. Oktober 2019 an die NBB verkauft.

Im Zuge der Optimierungsmaßnahmen wurden mehrere Betriebsänderungen beschlossen, die mithilfe von Betriebsvereinbarungen über Interessenausgleiche und Sozialpläne (IA/SP) umgesetzt wurden.

Übergreifend wurde eine Konzernbetriebsvereinbarung zum IA/SP für ein funktionales Steuerungs- und Führungsmodell in der GASAG-Gruppe geschlossen. Dabei legte der spezifische IA/SP zur Bildung der Geschäftseinheit Netz in der GASAG-Gruppe und der Umsetzung der Reorganisation aus dem Projekt „NBB 4.0“ zum 1. August 2019 den Grundstein für die organisatorische Neuaufstellung der NBB sowie die Bildung einer großen Netzgesellschaft.

Außerdem wurde in einem IA/SP zur Verschmelzung der BEGA.tec auf die NBB unter anderem der Betriebsübergang gem. § 613a BGB aller Arbeitnehmer*innen der BEGA.tec auf die NBB vereinbart. Die Überführung der Arbeitnehmer*innen von den übernommenen Bereichen der GASAG Solution und der BAS wurden ebenfalls in einem IA/SP zum Betriebsübergang gem. § 613a BGB geregelt.

Zum Bilanzstichtag sorgte damit ein im Wesentlichen durch die Betriebsübergänge gestiegenes Stammpersonal von 730 Mitarbeitern*innen (Vj. 421) für einen sicheren Gasnetzbetrieb.

Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern bietet die NBB außerdem kaufmännische und technische Berufsausbildungen sowie duale Studiengänge an, um dem Fachkräftemangel durch eigene Ausbildung langfristig entgegenzuwirken.

Die Vergrößerung der NBB wurde in die Umzugsplanung des Hauptsitzes der NBB auf den EUREF-Campus in Berlin einbezogen. Auf dem EUREF-Campus arbeitet die NBB bereits in diversen Projektpartnerschaften an der Energiewende und wird durch den im zweiten Halbjahr 2021 geplanten Umzug der Hauptzentrale noch intensiver die Entwicklung einer klimaeffizienten Region Berlin-Brandenburg mit voranbringen können.

2.4 Tätigkeitsabschluss Verteilung

Gemäß § 6b Absatz 3 EnWG müssen Unternehmen, die mit einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätig-

keiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist für jeden Tätigkeitsbereich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Für die NBB leitet sich daraus die Verpflichtung ab, einen Tätigkeitsabschluss für die Gasverteilung zu erstellen.

TÄTIGKEITSABSCHLUSS GASVERTEILUNG

Im Berichtsjahr 2019 bestand ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 24.501 Tsd.€ im Tätigkeitsabschluss der Gasverteilung.

Dabei beruhte das negative Jahresergebnis im Wesentlichen auf Mindererlösen aus Netzentgelten, die zu nicht bilanzierbaren Forderungen auf dem Regulierungskonto führten, und auf sonstigen betrieblichen Aufwendungen für bereits im Vorjahr begonnene Optimierungsmaßnahmen der Ablauf- und Aufbauorganisation.

Die Umsatzerlöse beinhalteten vorwiegend die Erlöse aus Netzentgelten, die Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen sowie die Abwicklung der Investitionen in das Gasnetz. Des Weiteren enthielten die Umsatzerlöse Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen. Die Bestandsveränderungen bestanden im Wesentlichen aus Veränderungen an unfertigen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalteten insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Im Materialaufwand waren als Hauptbestandteile neben den erforderlichen Kosten für den Netzbetrieb auch die Pacht, die vorgelagerten Netzkosten und die Aufwendungen für die Investitionsmaßnahmen ausgewiesen.

ÜBRIGE AKTIVITÄTEN

Die NBB erbrachte neben den Leistungen in der Gasverteilung auch Dienstleistungen für andere Unternehmen. Ein Großteil der Leistungen wurde für Unternehmen der Energie- und Versorgungswirtschaft erbracht. Neben der Sparte Gas wurden Leistungen für die Sparten Strom, Wasser und Fernwärme durchgeführt. Dazu gehören unter anderem der Betrieb der bestehenden Netze und Anlagen von Dritten sowie die Durchführung von Baumaßnahmen in den Netzen und Anlagen von Dritten. Darüber hinaus bot die NBB weitere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Energie- und Versorgungsnetzen an. Dazu gehören die Netzsteuerung, das Störungsmanagement und der Netzvertrieb für die Netze von Dritten sowie die Beratung von regulierten Energieversorgungsunternehmen zu verschiedenen Aufgaben.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 wies die NBB einen Jahresfehlbetrag von 23.792 Tsd.€ aus. Durch die zum 1. Januar 2019 rückwirkende Integration der BEGA.tec in die NBB sind diverse Entwicklungen mit Vorjahreswerten inklusive BEGA.tec im Vergleich dargestellt. Dabei werden die Vergleichswerte des Jahres 2018, die inklusive der rückwirkenden BEGA.tec-Verschmelzung dargestellt sind, als Vj.* gekennzeichnet.

Darüber hinaus wurde das Ergebnis auch im Berichtsjahr durch folgende **Leistungsindikatoren** beeinflusst:

Ein wesentlicher nicht beeinflussbarer und nichtfinanzieller Ergebnisfaktor ist die Entwicklung der Gesamttransportmenge, welche insbesondere von der Temperatur sowie den Energiebedarfen aus den Branchen der Energieerzeugung und dem produzierenden Gewerbe abhängig ist.

Außerdem sind wichtige **nichtfinanzielle Leistungsindikatoren** die Ressourcensicherung und Mitarbeiterentwicklung, um einen versorgungssicheren Netzbetrieb zu gewährleisten. Dahingehend wurde im Berichtsjahr durch die Übernahme von Mitarbeitern*innen aus unterschiedlichsten Prozessstufen und die Reorganisation der NBB ein wesentlicher Fortschritt erzielt. Darüber hinaus investierte die NBB im Rahmen der Nachwuchsförderung als Ausbildungsbetrieb in den langfristigen Ressourcen- und Kompetenzerhalt.

Finanzielle Leistungsindikatoren leiten sich vorrangig vom gesetzlich vorgeschriebenen Regulierungsregime der BNetzA ab. Die Steuerung der NBB verfolgte dabei auch im Berichtsjahr die optimale Ausgestaltung der Gesellschaft im Rahmen der regulatorischen Anforderungen, um einen effizienten, umweltverträglichen und sicheren Netzbetrieb zu gewährleisten.

Im Vergleich zum Vorjahr war die **Entwicklung des Jahresergebnisses 2019** demnach von folgenden Effekten beeinflusst:

Die Gastransportmenge des Berichtsjahres lag mit einem geringen Anstieg um 0,2 % auf Vorjahresniveau (Vj.* um 0,2 %). Dennoch verzeichneten die **Umsatzerlöse aus Netzentgelten** ohne periodenfremde Effekte einen Rückgang im Vergleich zum Jahr 2018 um 3,1 % (Vj.* um 3,1 %) in Höhe von 9.077 Tsd. €. Dies resultierte vorwiegend aus einem Preiseffekt gegenüber der Vorperiode, der auf einer geringeren Erlösobergrenze beruhte. Darüber hinaus fielen erneut Mindererlöse auf dem Regulierungskonto 2019 an, welche zu einer nicht bilanzierbaren Forderung aus dem Regulierungskonto in Höhe von 20.512 Tsd. € (Vj. 6.252 Tsd. €, Vj.* 6.252 Tsd. €) führten. Die Forderungen der Regulierungsjahre 2018 und 2019 erhöhen die Erlösobergrenzen für die Jahre 2020–2023.

Dagegen wirkte die periodenfremde Aufholung von Umsatzerlösen aus Netzentgelten positiv. Nach Beschluss der BNetzA für die Regulierungskontosalden 2012–2017 wurden Rückstellungen für die Regulierungskonten in Höhe von 4.789 Tsd. € erlöswirksam aufgelöst.

Dennoch waren die regulatorisch bedingt hohen Mindererlöse aus Netzentgelten eine der Hauptursachen für den Jahresfehlbetrag 2019.

Außerdem waren in den **Umsatzerlösen die Mehr- und Mindermengenabrechnungen** mit einem Anstieg um 7,1 % auf 15.853 Tsd. € gegenüber dem Jahr 2018 (Vj.* um 7,1 %) enthalten. Die Abrechnungen für Vorperioden beliefen sich dabei auf 3.427 Tsd. €. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar.

Darüber hinaus verzeichneten die **Umsatzerlöse aus der Biogaskostenwälzung** gemäß § 20 b GasNEV einen Rückgang um 10,3 % auf 8.623 Tsd. € gegenüber Vorjahr (Vj.* um 10,3 %). Die Biogaskostenwälzung stellt für die NBB ebenfalls einen durchlaufenden Posten dar.

Der Rückgang der Umsatzerlöse aus Netzentgeltsachverhalten und Biogaskostenwälzung wurde teilweise durch den Anstieg der **Umsatzerlöse für Arbeiten an Versorgungsanlagen** für die Asset Owner in Höhe von 19.420 Tsd. € gegenüber dem Jahr 2018 (Vj.* um 19.420 Tsd. €) kompensiert. Ursprung waren vorrangig steigende Investitionen in das Gasnetz der Asset Owner, was außerdem zu einem Aufbau des **Bestandes an unfertigen Leistungen** in Höhe von 1.488 Tsd. € führte.

Unter den Umsätzen wurden außerdem Erlöse aus Außendienstleistungen im Rahmen des Messstellenbetriebs und Erlöse aus Ablesedienstleistungen bilanziert.

Der Anstieg der **Erträge aus aktivierten Eigenleistungen** resultierte vorrangig aus den Eigenleistungen für im Bau befindliche Anlagentechnik.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen im Vergleich zum Vorjahr auf 7.134 Tsd. € (Vj. 4.196 Tsd. €, Vj.* 4.441 Tsd. €) an. Hauptsächlich resultierte dieser aus höheren Auflösungen von Rückstellungen, wobei 1.219 Tsd. € auf Altersteilzeitverpflichtungen (ohne Planvermögen) zurückzuführen waren. Außerdem war ein Anstieg der Erstattungen von Schäden um 36,3 % auf 633 Tsd. € zu verzeichnen.

Den erzielten Umsatzerlösen und der Bestandsveränderung standen größtenteils Aufwendungen für die Netzpacht, für bezogene Leistungen und Material im Zusammenhang mit Rohrnetz- und Tiefbauarbeiten, für Mess- und Abrechnungsdienstleistungen sowie für vorgelagerte Netze gegenüber.

Der **Materialaufwand** stieg gegenüber dem Vorjahr auf 374.458 Tsd. € an (Vj. 362.706 Tsd. €, Vj.* 350.140 Tsd. €). Die Erhöhung ergab sich primär aus den gestiegenen bezogenen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz der Asset Owner, was zu dem korrespondierenden Anstieg der Umsatzerlöse für Arbeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen führte. Die Entwicklung der investiven Netzmaßnahmen erklärten die gestiegenen Aufwendungen aus der Netzpacht gegenüber den Asset Ownern. Darüber hinaus bestanden kapazitäts- und preisbedingt höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit vorgelagerten Netzkosten. Hingegen war durch die Integration von Dienstleistern der Aufwand für Zählerwesen sowie Ablese- und Abrechnungsdienstleistungen rückläufig.

Der Anstieg des **Personalaufwands** im Berichtsjahr auf 43.976 Tsd. € (Vj. 29.731 Tsd. €, Vj.* 41.366 Tsd. €) lag hauptsächlich in dem Betriebsübergang zur zum 1. Januar 2019 rückwirkenden Integration des technischen Dienstleisters BEGA.tec sowie dem Teilbetriebsübergang der Messtechnik von der GASAG Solution zum 1. September 2019 und dem Teilbetriebsübergang der Netzbuchung von der BAS zum 1. Oktober 2019 begründet. Des Weiteren wurden Tarifanpassungen vorgenommen.

Die Entwicklung der **Abschreibungen** im Vergleich zum Vorjahr folgte im Wesentlichen aus der Verschmelzung der BEGA.tec und dem damit einhergehenden Übergang von Betriebs- und Geschäftsausstattung auf die NBB. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände verliefen hingegen auf Vorjahresniveau.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sanken im Vergleich zum Jahr 2018 auf 30.147 Tsd. € (Vj. 31.523 Tsd. €, Vj.* 34.684 Tsd. €), was hauptsächlich durch neutrale Effekte des Vorjahres begründet war. So sanken die Aufwendungen für Personalmaßnahmen im Rahmen der bereits im Jahr 2018 begonnenen Optimierungen der Aufbau- und Ablauforganisation um 5.799 Tsd. €. Gegenläufig waren höhere Aufwendungen aus Rechtstreitigkeiten im Berichtsjahr zu verzeichnen. Neben diesen neutralen Effekten beinhalteten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen überwiegend Mietaufwendungen für den Hauptsitz der NBB sowie Aufwendungen für Geschäftsbesorgung und IT-Dienstleistungen.

Das **Finanzergebnis** des Geschäftsjahres 2019 ging im Vergleich zum Vorjahr auf –801 Tsd. € zurück (Vj. –485 Tsd. €, Vj.* 528 Tsd. €), wobei dies im Wesentlichen aus Zinseffekten aus langfristigen Personalverpflichtungen und aus Zinsen auf Ertragsteuern zurückzuführen war.

Das **Steuerergebnis vom Einkommen und Ertrag** wies im Jahr 2019 einen Ertrag in Höhe von 2.100 Tsd. € (Vj. 1.358 Tsd. €; Vj.* 1.129 Tsd. €) aus. Der laufende Gewerbesteueraufwand (Gesamthands- und Sonderbetriebsvermögen) war geprägt durch das Ergebnis vor Steuern. Das positive Steuerergebnis resultierte aus der Gewerbesteuererstattung der Gesellschafter EMB und SpreeGas.

3.2 Finanzlage

3.2.1 KAPITALSTRUKTUR

Durch die bestehende Cash-Pooling-Vereinbarung mit der GASAG ist die NBB dem GASAG-Gruppen-Cash-Pool angeschlossen. Zur Deckung des zeitweiligen Liquiditätsbedarfs und zur Beschaffung von Avalen standen der NBB im Rahmen dieser Vereinbarung Mittel von bis zu 23.672 Tsd. € zur Verfügung, wovon 5.000 Tsd. € auf den Kontokorrentkredit entfielen.

Der allgemeine Finanzierungsbedarf der NBB wurde aus dem operativen Cashflow sowie der Inanspruchnahme des Cash-Pool-Kontokorrentkredits gedeckt. Zusätzlich standen der Gesellschaft für langfristige Finanzierungen 20.000 Tsd. € quotale gewährte Kreditrahmen der Kommanditisten bzw. deren Alleingesellschafterin zur Verfügung. Zum Bilanzstichtag bestanden weder im Rahmen des Cash Pooling noch im Rahmen von Gesellschafterdarlehen Verbindlichkeiten.

3.2.2 LIQUIDITÄT

Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs nutzte die NBB eine rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung. Hierbei wurde für die Liquiditätsplanung ein gruppenweit einheitliches System eingesetzt, das die Durchführung des Liquiditätsmanagements unterstützt und das Monitoring einer Liquiditätsentwicklung sicherstellt.

Die NBB war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Kapitalflussrechnung der NBB stellte sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2019	2018
	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-20.034	14.595
+ Cashflow aus Investitionstätigkeit	-16.627	-3.655
+ Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	5.940	-2.248
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-30.721	8.692
+/- Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	32.270	23.578
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.549	32.270

Der Finanzmittelfonds beinhaltet im Berichtsjahr im Wesentlichen die Forderungen aus dem Cash Pooling mit der GASAG in Höhe von 1.541 Tsd. €.

Der negative Cashflow aus laufender Tätigkeit lag im Wesentlichen im Jahresfehlbetrag 2019 begründet.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit folgte hauptsächlich aus dem Kauf der rückwirkend verschmolzenen Anteile der BEGA.tec sowie dem Erwerb der Teilbetriebe „Messtechnik“ von der GASAG Solution und dem Teilbetrieb „Netzabrechnung“ von der BAS. Außerdem wurden Investitionen in Anlagen im Bau vorgenommen. Der Kauf von Anlagentechnik von der GASAG war nicht liquiditätswirksam.

Der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit resultierte aus Einlagen des Gesellschafters GBG, die in Höhe von 7.500 Tsd. € liquiditätswirksam waren. Gegenläufig wurden die Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten, welche aus der Verschmelzung der BEGA.tec übergangen, getilgt.

3.3 Vermögenslage

Die Entwicklung der Bilanzsumme war ebenfalls von der zum 1. Januar 2019 rückwirkenden Verschmelzung mit der BEGA.tec betroffen, weshalb auch in den Erläuterungen zur Vermögenslage diverse Sachverhalte mit den Vorjahreswerten inklusive BEGA.tec dargestellt werden. Dabei werden die Vergleichswerte des Jahres 2018, die inklusive der rückwirkenden BEGA.tec-Integration dargestellt sind, als Vj.* gekennzeichnet.

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2019 wurde eine **Bilanzsumme** in Höhe von 132.418 Tsd. € ausgewiesen (Vj. 130.534 Tsd. €, Vj.* 137.498 Tsd. €).

Aus der **Verschmelzung mit der BEGA.tec** wurden langfristige Bilanzposten im Wesentlichen für Betriebs- und Geschäftsausstattung und für Personalrückstellungen übernommen. Die übernommenen kurzfristigen Aktiva, wie den Kassenbestand und die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie die übernommenen kurzfristigen Passiva, wie die sonstigen Verbindlichkeiten, wurden größtenteils abgebaut.

Die Erhöhung des **Anlagevermögens** resultierte neben den Effekten aus der Verschmelzung hauptsächlich aus dem Erwerb von Anlagentechnik und den Messeinrichtungen vom Asset Owner GASAG sowie damit verbundenen Umgliederungen von unfertigen Leistungen in die Anlagen im Bau in einem Gesamtwert von 36.297 Tsd. €.

Zur Finanzierung der Investitionen des Geschäftsjahres 2019 wurden vom Gesellschafter GBG **Einlagen** in das Rücklagenkonto III in Höhe von 38.405 Tsd. € vorgenommen. Davon galten 5.000 Tsd. € der Finanzierung von Anlagen im Bau. Außerdem dienten 2.500 Tsd. € der Einlagen zur Erhöhung des Planvermögens zur Absicherung der Altersteilzeitverpflichtung der NBB. Die Kapitaleinlagen waren in Höhe von 7.500 Tsd. € liquiditätswirksam.

Die **unfertigen Leistungen** abzüglich der aktivisch abgesetzten erhaltenen Anzahlungen betragen zum Bilanzstichtag 2.640 Tsd. € (Vj. 1.719 Tsd. €, Vj.* 2.599 Tsd. €). Es handelte sich hierbei in erster Linie um Netzausbaumaßnahmen, welche noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden. Zu diesen Maßnahmen zählten insbesondere Projekte im Bereich der Erneuerung von Versorgungsleitungen und Gasdruckregelanlagen. Die unfertigen Leistungen bewegten sich mit einer Bestandserhöhung von 1.488 Tsd. € auf Vorjahresniveau*, was hauptsächlich auf ein höheres Bauvolumen im Netzbereich der Asset Owner zurückzuführen war.

Der Rückgang der **kurzfristigen Forderungen** im Vergleich zum Vorjahr resultierte überwiegend aus um 30.729 Tsd. € (Vj.* um 30.729 Tsd. €) gesunkenen Forderungen aus dem Cash Pooling.

Der Rückgang des **aktiven Rechnungsabgrenzungspostens** gegenüber dem Jahr 2018 begründete sich in Höhe von 1.425 Tsd. € (Vj.* um 1.425 Tsd. €) im Verbrauch der Abgrenzungen gegenüber dem vorgelagerten Netzbetreiber im Rahmen der Biogaskostenwälzung nach § 20 b GasNEV.

Die **langfristigen Verbindlichkeiten und übrigen Passiva** enthielten zum Stichtag vorrangig die passivierten Zuschüsse gemäß Gasnetzentgeltverordnung und Rückstellungen für Altersteilzeit, Regulierungssachverhalte sowie Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Im Vergleich zum Vorjahr war ein Rückgang von 6.464 Tsd. € (Vj.* von 6.235 Tsd. €) zu verzeichnen, welcher vorrangig aus der Zuführung von Planvermögen im Rahmen der Absicherung von Altersteilzeitrückstellungen und der erlöswirksamen Anpassungen der Rückstellung für das Regulierungskonto begründet war.

In den **kurzfristigen Verbindlichkeiten** waren wie im Vorjahr hauptsächlich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Der Jahresfehlbetrag führte zu einem Aufbau der Verlustvträge. Durch die Einlagen im Berichtsjahr bestand zum 31. Dezember 2019 ein **Eigenkapital** des Gesellschafters GBG in Höhe von 10.817 Tsd. €. Darüber hinaus wurden **nicht durch Vermögenseinlage gedeckte Verlustanteile** für die EMB in Höhe von 1.404 Tsd. € sowie für die SpreeGas in Höhe von 10 Tsd. € ausgewiesen.

3.4 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Im Geschäftsjahr 2019 wies die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 23.792 Tsd. € aus, der deutlich unter dem im Vorjahr prognostizierten Jahresergebnis lag. Im Geschäftsverlauf ergaben sich signifikante Minderentgelte aus Transportmengen in Höhe von 20.512 Tsd. € gegenüber der Prognose. Darüber hinaus beruhte die negative Ergebnisentwicklung auf Nachlaufkosten aus der Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen der Aufbau- und Ablauforganisation der NBB.

Der Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres führte zu einem nicht durch Vermögenseinlage gedeckten Verlustanteil in Höhe von 1.414 Tsd. €. Das Eigenkapital stieg nach Einlagen durch die GBG auf einen Bestand in Höhe von 10.817 Tsd. €. Eine insolvenzrechtliche Überschuldung der Gesellschaft liegt nicht vor, da die Fortführung des Unternehmens aufgrund der positiven Fortbestandsprognose überwiegend wahrscheinlich ist. Die im Berichtsjahr aufgelaufenen regulatorischen Mindererlöse werden aufgrund der vorhandenen Regulierungssystematik voraussichtlich ab dem Geschäftsjahr 2021 und den darauffolgenden Geschäftsjahren ausgeglichen. Aufgrund der im Prognosebericht dargestellten erwarteten Geschäftsentwicklung und der vorhandenen Darlehensverträge mit den Gesellschaftern sowie des Cash-Pooling-Vertrags mit der GASAG geht die NBB davon aus, dass sie ihren Zahlungsverpflichtungen auch in den folgenden 18 Monaten nachkommen wird.

4. Chancenbericht

Die NBB bewegt sich in ihrem Kerngeschäft als Gasnetzbetreiberin in einem durch die BNetzA regulierten Markt, in dem sich Chancen vorwiegend innerhalb der von der Behörde vorgegebenen Rahmenbedingungen ergeben.

Die Grundlage für den Betrieb der Netze sind Konzessionsverträge, zivilrechtliche Wegenutzungsverträge, mit denen die Gemeinden Netzbetreibern die Verlegung und den Betrieb von örtlichen Strom- und Erdgasverteilnetzen in ihren Wegegrundstücken gestatten, gemäß § 46 Absatz 2 EnWG. Bei den laufenden Konzessionsverfahren verfolgt die NBB gemeinsam mit den Asset Ownern im Wesentlichen das Ziel der Bestandssicherung. Darüber hinaus können sich durch zusätzliche Netzbewirtschaftungen Effizienzsteigerungen im bestehenden Geschäft ergeben.

Des Weiteren können sich durch eine Steigerung der Netzanschlusszahlen und die damit einhergehende Verdichtung der Netzanschlüsse im bestehenden Netz die Strukturparameter für die Berechnung des Effizienzwertes verbessern.

Sämtliche Chancen können zu einer leichten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation der NBB führen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist dabei gering.

5. Risikobericht

Die ständig wiederkehrende Identifikation, Bewertung, Überwachung und Dokumentation von Chancen und Risiken gehört ebenso zu den Aufgaben der Führungskräfte und Mitarbeiter*innen wie die operative Steuerung mit Hilfe geeigneter Maßnahmen. Die Prozessverantwortung liegt beim Risikomanagement, welches direkt an die Geschäftsführung berichtet.

Die Risikoeinschätzung beruht dabei im Wesentlichen auf einer Planabweichung, wobei, neben der Einstufung als operative Risiken, strategische beziehungsweise allgemeine Lebensrisiken sowie die Imagewirkung klassifiziert werden. Die Angabe der Eintrittswahrscheinlichkeiten lässt sich wie folgt unterteilen: sehr geringe, geringe, mittlere, hohe und sehr hohe Eintrittswahrscheinlichkeit.

Das Risikopotenzial bezogen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird wie folgt ausgedrückt:

Einstufung des Risikopotenzials	Beschreibung der Wertgrenzen
Geringes	Unwesentliche Verschlechterung
Spürbares	Moderate Verschlechterung
Mittleres	Beträchtliche negative Auswirkung
Hohes	Hohe und potenziell dauerhafte Verschlechterung
Sehr hohes	Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Verschlechterung

Bei der Bewertung wird außerdem zwischen einem kurz- sowie langfristigen Wirkungshorizont unterschieden, wobei die kurzfristige Betrachtung das nächste Geschäftsjahr betrifft. Die langfristige Betrachtung deckt mindestens den gesamten Planungszeitraum ab und geht für strategische Risiken und allgemeine Lebensrisiken auch darüber hinaus.

Es bestehen für die NBB im Wesentlichen folgende Risiken:

UMFELD- UND MARKTRISIKEN

Als unternehmerische Kernrisiken gelten die Transportmengenrisiken, die sich witterungsbedingt beziehungsweise aufgrund von verändertem Endkundenverhalten ergebnisbeeinträchtigend auswirken können. Das Transportmengenrisiko wird mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem über einen mittelfristigen Zeitraum geringen Schadenspotenzial eingestuft.

KONZESSIONSRISIKEN

Aktuell laufen in den Netzgebieten der NBB Verfahren zur Neuvergabe von Konzessionen. Das Risikopotenzial, das sich mittelfristig aus dem Auslaufen von Konzessionsverträgen ergeben könnte, wird im Risikoportfolio der NBB berücksichtigt. Dies ermöglicht die frühzeitige aktive Steuerung von Gegenmaßnahmen. Dazu gehört unter anderem die Zusammenarbeit mit den Verpächtern zur Sicherung, aber auch zur Neugewinnung von Konzessionen im Netzgebiet Berlin-Brandenburg. Auf diese Weise wird nicht nur die Risikowirkung reduziert, sondern auch gleichzeitig Chancenpotenzial generiert.

Zur allgemeinen Beschreibung des Konzessionsvergabeverfahrens für das Teilnetz Berlin wird auf den Geschäftsverlauf verwiesen.

Wenn die GASAG die Konzession in Berlin verlöre, würde das substantiell wichtige Netzgeschäft in Berlin wegfallen. Nach derzeitiger Einschätzung würde dies nicht vor Dezember 2024 eintreten. Aus dem Verlust des Berliner Netzgeschäfts würden erhebliche Effizienzverluste in Bereichen resultieren, in denen heute Ressourcen überwiegend für das Berliner Netz eingesetzt werden. Unverändert gebundenen Ressourcen, die bisher ausschließlich dem Betrieb des Berliner Netzes dienten, stünden keine entsprechenden Einnahmen gegenüber. Ohne entsprechende kompensatorische Gegenmaßnahmen wäre die Ertragslage der NBB vorübergehend stark belastet. Damit stellt der Verlust der Berliner Konzession in Bezug auf das Schadenspotenzial langfristig ein sehr hohes Risiko dar. Wir gehen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit davon aus, dass die GASAG-Gruppe den Zuschlag für die Konzession erhält.

Der Verlust von Konzessionen außerhalb Berlins stellt im Vergleich ein geringeres Risiko dar.

BETRIEBSRISIKEN

Die NBB setzt zum Betrieb ihrer Netzinfrastrukturen technologisch komplexe Anlagen ein, die das Risiko ungeplanter Nichtverfügbarkeiten und Versorgungsunterbrechungen aufgrund unvorhergesehener Betriebsstörungen oder externer Einflüsse bergen. Durch die laufende Instandhaltung und Überwachung auf der Grundlage technischer Regelwerke und betriebsinterner Konzepte sowie durch die kontinuierliche Sanierung und Modernisierung der netztechnischen Anlagen wird ein hoher technologischer Sicherheitsstandard gewährleistet, wodurch die Eintrittswahrscheinlichkeit von Störungen erheblich reduziert wird. Aus den unvermeidlichen Restrisiken im Zusammenhang mit dem Betrieb der Netzinfrastrukturen ergibt sich in Bezug auf das aggregierte Schadenspotenzial ein spürbares Risiko bei einer insgesamt sehr geringen bis geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die möglichen Risiken existieren innerhalb der verschiedenen Prozesse unabhängig voneinander und sind im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen wirtschaftlich angemessenen Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotenzial der NBB entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts gebildet ist.

AUSFALLRISIKO

Die Forderungen der NBB gegenüber den Transportkunden sind weitestgehend durch eine Forderungsausfallversicherung abgesichert, die im Falle von eingetretenen Insolvenzen 90 % der Außenstände der Gesellschaft erstattet. Der Ausfall von Forderungen wird durch einen systematischen Risikomanagementprozess auf Basis der Richtlinien der GASAG-Gruppe sowie der KoV Gas begrenzt und ist dementsprechend in Bezug auf das Schadenspotenzial und die Eintrittswahrscheinlichkeit als gering zu bewerten. Ein besonderes Ausfallrisiko über den normalen Geschäftsverkehr hinaus besteht derzeit nicht.

GESAMTRISIKO

Von den dargestellten Risiken kann sich insbesondere aus dem laufenden Konzessionsvergabeverfahren in Berlin eine wesentliche, auch dauerhafte Beeinträchtigung der Ertragslage der NBB ergeben. Die NBB geht aber davon aus, diesem Risiko mit zielgerichteten Maßnahmen entgegenwirken zu können.

Neben Chancen aus Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Regulierung bestehen auch Risiken. Diese können eine kurzfristige Anpassung der Gesellschaftsausrichtung notwendig werden lassen, welche ein geringes Risiko temporärer Ineffizienzen mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit beinhaltet.

Basierend auf der Gesamtrisikolage unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und ergriffenen Maßnahmen ist für die NBB gegenwärtig keine Fortbestandsgefährdung zu erkennen.

6. Prognosebericht

Die NBB geht für das Jahr 2020 unter Berücksichtigung der regulatorischen Verrechnungen von steigenden Netzentgelten aus, da die Umsatzentwicklung 2019 stark durch im Vergleich zum Normjahr witterungsbedingte Minderentgelte beeinflusst wurde. Die Minderentgelte 2019 bilden Verrechnungspotenzial für zukünftige Mehrentgelte und stellen damit zusätzliches Ergebnispotenzial für die Folgejahre dar.

Die Jahresergebnisse in den Folgejahren verbessern sich außerdem deutlich aufgrund des Entfalls von Einmalwirkungen gegenüber dem Jahr 2019 sowie der Auswirkungen aus den begonnenen Optimierungsmaßnahmen.

Das Jahr 2020 steht für die NBB weiter im Fokus der Optimierung. Die positiven Impulse auf die Kostenstruktur aus dem Prozessoptimierungsprojekt „NBB 4.0“ und dem Transformationsprogramm „GASAG 2025“ zeigen bereits Wirkung im Jahr 2020. So wird nach einem leicht negativen Jahresfehlbetrag im Jahr 2020 in den Folgejahren mit deutlich positiven Ergebnissen gerechnet.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird aufgrund der vorhandenen Finanzmittel, der Rücklagen sowie der verfügbaren Darlehensrahmenverträge nicht beeinträchtigt.

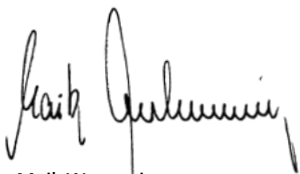
Die NBB geht weiter davon aus, dass das begonnene Bewerbungsverfahren für die Konzession Berlin positiv abgeschlossen wird. Im Erfolgsfall könnten sich Sonderaufwendungen zur Umsetzung von Angebotsoptionen aus der Konzessionsbewerbung ergeben, die das Ergebnis der NBB einmalig negativ beeinflussen würden.

Im folgenden Geschäftsjahr sind weitere Investitionen in Regelanlagen, Gasverbrauchsmesseinrichtungen sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant. Die Finanzierung der Investitionen soll dabei im Wesentlichen über weitere Einlagen der Gesellschafter und den laufenden Cashflow erfolgen.

Darüber hinaus stehen der kontinuierliche Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts in den Tochterunternehmen der NBB und die damit einhergehende positive Ergebnisentwicklung auch in Zukunft im Fokus der NBB.

Berlin, 18. Februar 2020

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG



Maik Wortmeier



Frank Behrend

NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

JAHRESABSCHLUSS

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Bilanz zum 31.12.2019	17
Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01.–31.12.2019	18
Anhang für das Geschäftsjahr 2019	19
Anlagenspiegel	38
Tätigkeitsabschluss Gasverteilung zum 31.12.2019	40
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	45

Bilanz

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
zum 31.12.2019

Aktiva	31.12.2019	31.12.2018*	31.12.2018
	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.360	3.036	2.991
II. Sachanlagen	56.564	19.288	16.653
III. Finanzanlagen	2.607	2.929	2.607
	63.531	25.253	22.251
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.769	2.906	1.719
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	64.652	101.869	99.675
III. Kassenbestand	8	517	0
	67.429	105.292	101.394
C. Rechnungsabgrenzungsposten	44	1.567	1.503
D. Nicht durch Vermögenseinlage gedeckte Verlustanteile	1.414	5.386	5.386
	132.418	137.498	130.534
Passiva			
	T€	T€	T€
A. Eigenkapital			
I. Kapitalanteile der Kommanditistin	10.817	160	160
II. Verschmelzungsergebnis zum 01.01.2019	0	-477	0
	10.817	-317	160
B. Rückstellungen	42.652	53.232	52.028
C. Verbindlichkeiten	11.713	22.679	16.442
D. Rechnungsabgrenzungsposten	67.236	61.904	61.904
	132.418	137.498	130.534

* Die angepassten Vorjahreszahlen beinhalten die Werte der Verschmelzungsbilanz zwischen NBB und BEGA.tec zum 01.01.2019.

Gewinn- und Verlustrechnung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
für den Zeitraum vom 01.01.–31.12.2019

	01.01.– 31.12.2019	01.01.– 31.12.2018*	01.01.– 31.12.2018
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	417.953	400.850	398.016
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	1.488	6.161	5.847
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	694	115	115
4. Sonstige betriebliche Erträge	7.134	4.441	4.196
5. Materialaufwand	374.458	350.140	362.706
6. Personalaufwand	43.976	41.366	29.731
7. Abschreibungen	3.685	3.696	2.978
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	30.147	34.684	31.523
9. Finanz- und Beteiligungsergebnis	–801	528	–485
10. Ergebnis vor Steuern	–25.798	–17.790	–19.249
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	–2.100	–1.129	–1.358
12. Ergebnis nach Steuern	–23.698	–16.661	–17.891
13. Sonstige Steuern	94	74	29
14. Jahresfehlbetrag	–23.792	–16.734	–17.920
15. Lastschrift auf Gesellschafterkonten	23.792		17.920

* Die angepassten Vorjahreszahlen beinhalten die Werte der NBB, der BEGA.tec, der SoKo und der BEGA.tec Verwaltung für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2018.

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

Allgemeine Hinweise

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, hat ihren Geschäftssitz An der Spandauer Brücke 10 in 10178 Berlin und ist im Handelsregister von Berlin-Charlottenburg unter HRA 37374 B eingetragen.

Gegenstand der NBB sind der Betrieb eigener und fremder technischer Leitungsnetze zur Versorgung, die Erbringung aller mit den vorbezeichneten Tätigkeiten in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie sonstiger technischer Dienstleistungen und die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Gegenstand der NBB ist auch die Vermarktung der Netznutzung zu Transportzwecken, die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter sowie die technische und kaufmännische Beratung und Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich der Mitarbeiterüberlassung.

An der NBB sind die GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, nachfolgend GBG genannt, die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam, nachfolgend EMB genannt, und die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus, nachfolgend SpreeGas genannt, als Kommanditistinnen beteiligt.

Persönlich haftende Gesellschafterin der NBB ist die Komplementärin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, nachfolgend NBB GmbH genannt, mit einem gezeichneten Kapital von 25 Tsd.€. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin erbringt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes, nachfolgend EnWG genannt, und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Gemäß § 264a HGB gelten die Vorschriften für Kommanditgesellschaften entsprechend. Die NBB ist gemäß § 267 HGB eine große Gesellschaft. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie werden im Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grund wurden die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Davon-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

Mit Vertrag vom 6. August 2019 verkaufte die GASAG AG, Berlin, nachfolgend GASAG genannt, mit sofortiger Wirkung ihre Geschäftsanteile an der BEGA.tec GmbH, Berlin, nachfolgend BEGA.tec genannt, an die NBB. Die GASAG war zu diesem Zeitpunkt die alleinige Gesellschafterin der BEGA.tec mit 250.000 Geschäftsanteilen im Nennbetrag von je 1,00 Euro.

Nach Wirksamwerden des Geschäftsanteilsverkaufs wurde die NBB alleinige Gesellschafterin der BEGA.tec, welche aufgrund eines Verschmelzungsvertrags vom 6. August 2019 durch Übertragung ihres Vermögens als Ganzes auf die NBB rückwirkend auf den 1. Januar 2019 verschmolzen wurde. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 30. August 2019.

Zuvor waren die BEGA.tec Verwaltungs-GmbH, Berlin, nachfolgend BEGA.tec Verwaltung genannt, und die SoKo Solartechnik & Korrosionsschutz GmbH, Berlin, nachfolgend SoKo genannt, mit Verschmelzungsvertrag vom 6. August 2019 auf ihre alleinige Gesellschafterin BEGA.tec verschmolzen worden. Beide Gesellschaften haben ihr

Vermögen als Ganzes zu Buchwerten gemäß § 11 ff. UmwStG auf ihre alleinige Gesellschafterin BEGA.tec (Verschmelzung durch Aufnahme) ohne Gegenleistung übertragen. Die Verschmelzungen erfolgten rückwirkend zum 1. Januar 2019.

Die BEGA.tec wurde im Wege einer Aufwärtsverschmelzung auf die NBB zur Aufnahme unter Auflösung der übertragenden Rechtsträger ohne Abwicklung verschmolzen (§ 2 Nr. 1 UmwG). Dabei wurde von dem Wahlrecht der Buchwertfortführung nach § 24 UmwG Gebrauch gemacht. Die Differenz zwischen dem Buchwert der untergehenden Anteile zum Buchwert des übernommenen Reinvermögens, unter Berücksichtigung der vorher verschmolzenen Gesellschaften SoKo und BEGA.tec Verwaltung, wurde als Verschmelzungsverlust erfasst.

Die folgende Darstellung berücksichtigt den zeitlichen Unterschied zwischen dem Verschmelzungszeitpunkt (rückwirkend 1. Januar 2019) und dem Kauf der BEGA.tec-Anteile zum 6. August 2019.

Übergang BEGA.tec auf NBB	01.01.2019
	T€
Buchwert der übertragenden Aktiva	8.839
Buchwert der übertragenden Passiva (ohne Eigenkapital)	-6.130
= GuV-Effekt zum 01.01.2019 (Ertrag)	2.709

Zeitpunkt des Anteilskaufs	06.08.2019
	T€
Buchwert der untergehenden Beteiligung (Aufwand)	-3.147
= Verschmelzungsverlust	-438
Intercompany-Differenz	-39
= Verschmelzungsergebnis	-477

Aus der Konsolidierung der internen Leistungsverhältnisse zwischen NBB und BEGA.tec ergaben sich Differenzen in Höhe von 39 Tsd. €, die erfolgswirksam in den Aufwand gebucht wurden.

Die BEGA.tec Verwaltung war Komplementärin der Condotta Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend Condotta genannt. Indem die Komplementärin aufgrund ihrer Verschmelzung auf die BEGA.tec aus der Condotta ausgeschieden ist, schied auch deren einzige persönlich haftende Gesellschafterin aus. Damit erlosch die Condotta und wuchs der einzigen Kommanditistin, der BEGA.tec, zum Zeitpunkt der Eintragung in das Handelsregister der rückwirkenden Verschmelzung der BEGA.tec Verwaltung auf die BEGA.tec am 30. August 2019 an.

Übergang Condotta durch Anwachsung	30.08.2019
	T€
Buchwert der übertragenen Aktiva	415
Buchwert der übertragenen Passiva	-169
Buchwert der untergehenden Beteiligung	-322
= Übernahmeverlust	-76

Mit der Verschmelzung der BEGA.tec wurden folgende Vermögens- und Schuldposten (vor Konsolidierung) auf die NBB übertragen:

	T€
Anlagevermögen	3.002
Umlaufvermögen	5.773
Rechnungsabgrenzungsposten	64
Rückstellungen	2.953
Verbindlichkeiten	3.177

Aufgrund der Verschmelzung ist der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 nur eingeschränkt mit dem Vorjahr vergleichbar. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, werden in der Bilanz und GuV sowie in diesem Anhang neben den Vorjahreszahlen der NBB auch angepasste Vorjahreszahlen angegeben. In der Bilanz und GuV sind dies die summierten Werte aus den Jahresabschlüssen 2018 der NBB und der BEGA.tec, bereinigt um Aufrechnungseffekte.

Durch Kaufvertrag vom 30. August 2019 erwarb die NBB mit Wirkung zum 1. September 2019 von der GASAG Solution Plus GmbH, Berlin, nachfolgend GASAG Solution genannt, den Geschäftsbereich „Messtechnik“. Dabei wurden alle dazu gehörenden Vermögensgegenstände, Schulden und Vertragsverhältnisse übertragen, insbesondere Anlagevermögen in Höhe von 470 Tsd.€ sowie Personalverpflichtungen unter Berücksichtigung von Deckungsvermögen in Höhe von 309 Tsd.€. Zum Geschäftssegment „Messtechnik“ der GASAG Solution gehörte der Unternehmensteil „Abteilung Messtechnik“ einschließlich der „Prüfstelle für Gasmessgeräte“ und der „Prüfstelle für Mengenumwerter“. Die dem Geschäftsbereich zugeordneten Arbeitsverhältnisse sind mit Wirkung zum Übergangszeitpunkt ebenfalls auf die NBB übergegangen. Dies stellt einen Teilbetriebsübergang im Sinne des §613a Absatz 1 BGB dar.

Durch Kaufvertrag vom 26. September 2019 erwarb die NBB mit Wirkung zum 1. Oktober 2019 von der BAS Kundenservice GmbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend BAS genannt, den Geschäftsbereich „Netzaktivitäten“. Dabei wurden alle dazu gehörenden Vermögensgegenstände, Schulden und Vertragsverhältnisse übertragen, insbesondere Anlagevermögen in Höhe von 2.012 Tsd.€ sowie Personalverpflichtungen unter Berücksichtigung von Deckungsvermögen in Höhe von 845 Tsd.€. Im Anlagevermögen ist ein Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von 1.502 Tsd.€ enthalten, der über eine Nutzungsdauer von 3,25 Jahren abgeschrieben wird. Zum Geschäftsbereich „Netzaktivitäten“ gehörten insbesondere die Einheiten zur Erbringung der Dienstleistungen Kundenbetreuung Netz, Abrechnung und Wechselmanagement Netz, Forderungsmanagement Netz, Metering und Technik sowie Supportfunktionen. Die dem Geschäftsbereich zugeordneten Arbeitsverhältnisse sind mit Wirkung zum Übergangszeitpunkt ebenfalls auf die NBB übergegangen. Dies stellt einen Teilbetriebsübergang im Sinne des §613a Absatz 1 BGB dar.

Durch Kaufvertrag vom 19. Dezember 2019 erwarb die NBB mit Wirkung zum 30. Dezember 2019 von der GASAG Anlagentechnik und Messtechnik nebst technischen Nebeneinrichtungen, Zubehör und Dokumentationen des von ihr gepachteten Berliner Gasnetzes, nachfolgend Netz-Asset-Deal genannt, zu einem Kaufpreis in Höhe von 30.905 Tsd.€. Die GASAG trat im Rahmen einer Abtretungsvereinbarung vom 19. Dezember 2019 ihre Kaufpreisforderung an die GBG ab.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die nachfolgenden für die Aufstellung des Jahresabschlusses maßgebenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert geblieben.

ANLAGEVERMÖGEN

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die verwendeten Abschreibungsdauern liegen überwiegend zwischen 3 und 30 Jahren.

Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 250 € nicht übersteigen, werden aus Gründen der Wesentlichkeit in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen sofort als Aufwand erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 € und 800 € werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen werden Anteilsrechte zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen zum Nennwert angesetzt. Liegt eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vor, so werden die Finanzanlagen gemäß § 253 Abs. 3 HGB gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben. Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Bei der NBB besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung (ATZ), welches mit seinem beizulegenden Zeitwert bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen wird. Ergibt sich ein aktivi-scher Überhang, wird der Betrag unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

UMLAUFVERMÖGEN

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten beziehungsweise unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tagespreisen am Bilanzstichtag aktiviert.

Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalzinsen und Kosten der allgemeinen Verwaltung wurden nicht aktiviert. Erkennbare Risiken werden gemäß § 253 Abs. 4 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände sowie flüssige Mittel sind zu Nennwerten angesetzt. Erkennbare Risiken werden durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Risiken aus Forderungsausfällen bei Transportkunden sind durch eine Forderungsausfallversicherung zu 90 % abgedeckt.

FREMDKAPITAL

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bewertet. Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 1,5 % sowie die Sterbetafeln Heubeck (RT 2018 G) und ein Zinssatz von 2,71 % (Vj. 3,21 %) zugrunde gelegt. Bei den Berechnungen

der Altersteilzeitverpflichtungen wurde ein Zinssatz von 0,84 % (Vj. 0,88 % für bestehende ATZ-Altverträge sowie 1,25 % für die Bewertung der ATZ-Potentiale im Rahmen der Personalmaßnahmen aus dem Transformationsprogramm „GASAG 2025“) berücksichtigt. Den Altersteilzeitrückstellungen wurde ein Gehaltstrend von 2 % p.a. zugrunde gelegt. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Erhöhung der Verpflichtungen.

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist eine Rückstellung für einen Teil der mittelbaren Verpflichtungen (Deckungslücke) gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) enthalten. Bei der Ermittlung der Rückstellung waren die zu zahlenden Sanierungsgelder maßgeblich. Bei der Rückstellungsbewertung wurde eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5a VBL-Satzung unterstellt. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 1,97 % (Vj. 2,90 %) bilanziert. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Erhöhung der Verpflichtung.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach § 249 Abs. 1 HGB. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet worden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst worden.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Die Verbindlichkeiten sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

LATENTE STEUERN

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasipermanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet ausgewiesen. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Darstellung wurde um die Spalte „31.12.2018*“ ergänzt. Die angepassten Vorjahreszahlen (*) beinhalten unter Berücksichtigung der Aufrechnungseffekte die kumulierten Werte der NBB und der BEGA.tec.

Aktiva

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen. Der aus der Verschmelzung mit der BEGA.tec resultierende Zugang zu den ursprünglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Zugang zu den kumulierten Abschreibungen werden jeweils in einer Spalte ausgewiesen.

ANTEILSBESITZ

	Eigenkapital	Anteil am Eigenkapital	Jahresergebnis
	T€	%	T€
infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin	138	67,360	337
KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin	0	74,9000	490
WGI GmbH, Dortmund ¹	273	49,000	126

¹ Jahresergebnis und Eigenkapital zum 31. Dezember 2018

FINANZANLAGEN

In den Finanzanlagen werden Ausleihungen gegen die infrest in Höhe von 660 Tsd. € (Vj.* 660 Tsd. €, Vj. 660 Tsd. €) ausgewiesen. Die sonstigen Ausleihungen beinhalten langfristig geleistete Mietkautionen in Höhe von 496 Tsd. € (Vj.* 496 Tsd. €, Vj. 496 Tsd. €).

VORRÄTE

	31.12.2019	31.12.2018*	31.12.2018
	T€	T€	T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	129	307	0
Unfertige Leistungen	37.879	36.391	35.491
Erhaltene Anzahlungen auf unfertige Leistungen	-35.239	-33.792	-33.772
	2.769	2.906	1.719

Bei den unfertigen Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, die noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden.

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	31.12.2019		31.12.2018*		31.12.2018	
	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit über 1 Jahr	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit über 1 Jahr	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit über 1 Jahr
		T€		T€		T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.037	4	26.087	2	25.652	2
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	28.316	0	66.967	0	65.335	0
<i>(davon aus Lieferungen und Leistungen)</i>	<i>(15.238)</i>	<i>(0)</i>	<i>(15.904)</i>	<i>(0)</i>	<i>(14.272)</i>	<i>(0)</i>
<i>(davon sonstige Vermögensgegenstände)</i>	<i>(13.078)</i>	<i>(0)</i>	<i>(51.063)</i>	<i>(0)</i>	<i>(51.063)</i>	<i>(0)</i>
<i>(davon gegen Gesellschafter)</i>	<i>(11.345)</i>	<i>(0)</i>	<i>(10.912)</i>	<i>(0)</i>	<i>(10.906)</i>	<i>(0)</i>
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	1	0	0	0	0	0
<i>(davon aus Lieferungen und Leistungen)</i>	<i>(1)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>
Sonstige Vermögensgegenstände	12.298	0	8.815	0	8.688	0
	64.652	4	101.869	2	99.675	2

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Netzentgelten sowie Forderungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung.

Die Forderungen gegen Gesellschafter betreffen mit 5.292 Tsd. € (Vj.* 5.438 Tsd. €, Vj. 5.438 Tsd. €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, und mit 6.053 Tsd. € (Vj.* 5.484 Tsd. €, Vj. 5.483 Tsd. €) übrige sonstige Vermögensgegenstände.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 6.851 Tsd. € (Vj.* 6.559 Tsd. €, Vj. 6.527 Tsd. €) und für Vorjahre in Höhe von 3.463 Tsd. € (Vj.* 1.242 Tsd. €, Vj. 1.241 Tsd. €), Schadensersatz- und Versicherungsansprüche in Höhe von 522 Tsd. € (Vj.* 538 Tsd. €, Vj. 538 Tsd. €) sowie debitorische Kreditoren in Höhe von 699 Tsd. € (Vj.* 349 Tsd. €, Vj. 283 Tsd. €) enthalten.

AKTIVE LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz.

	31.12.2019	
	aktive latente Steuern	passive latente Steuern
	T€	T€
Anlagevermögen	429	0
Rückstellungen	2.010	0
Bruttobetrag	2.439	0

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 13,97 % ermittelt. Aus gewerbesteuerlichen Verlustvorträgen resultieren aktive latente Steuern in Höhe von 381 Tsd. €. Die Aktivierung des Nettobetrages unterblieb in Ausübung des dafür bestehenden Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Passiva

EIGENKAPITAL

	Gesamt	davon GBG	davon EMB	davon SpreeGas
	T€	T€	T€	T€
Festkapital				
31.12.2018	1.000	805	165	30
31.12.2019	1.000	805	165	30
Rücklagenkonto II				
31.12.2018	13.000	11.600	1.400	0
31.12.2019	13.000	11.600	1.400	0
Rücklagenkonto III				
31.12.2018	0	0	0	0
31.12.2019	38.405	38.405	0	0
Verlustanteile				
31.12.2018	-19.226	-17.672	-1.405	-149
31.12.2019	-43.002	-39.993	-2.969	-40
Nicht durch Vermögenseinlage gedeckte Verlustanteile				
31.12.2018	5.386	5.267	0	119
31.12.2019	1.414	0	1.404	10
31.12.2018	160	0	160	0
31.12.2019	10.817	10.817	0	0

Mit Änderung des Gesellschaftsvertrags vom 4. Dezember 2019 wurde für jeden Kommanditisten der NBB ein neues Rücklagenkonto III angelegt, in das auf Anweisung des jeweiligen Kommanditisten individuelle Einlagen gutgeschrieben werden, die zur Finanzierung der Anschaffung und Herstellung von Vermögensgegenständen bestimmt sind oder Gegenwert für eingebrachte Vermögensgegenstände oder Sachgesamtheiten („Assets“) sind. Im Zusammenhang mit dem Netz-Asset-Deal und zur Finanzierung von Vermögensgegenständen stellte die GBG 38.405 Tsd. € in das Rücklagenkonto III ein.

RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2019	31.12.2018*	31.12.2018
	T€	T€	T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.745	3.242	3.046
Steuerrückstellungen	2.007	1.326	1.153
Sonstige Rückstellungen	36.900	48.664	47.829
	42.652	53.232	52.028

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind 267 Tsd. € (Vj.* 271 Tsd. €, Vj. 271 Tsd. €) Verpflichtungen für Sanierungsgeld der VBL enthalten.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 405 Tsd. € (§ 253 Abs. 6 HGB).

Unter Inanspruchnahme von Art. 28 EGHGB wurden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 10.412 Tsd. € (Vj.* 8.399 Tsd. €) nicht in der Bilanz ausgewiesen. Demgegenüber besteht ein Kassenvermögen in Höhe von 9.201 Tsd. € (Vj.* 8.466 Tsd. €).

In den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 36.900 Tsd. € (Vj.* 48.664 Tsd. €, Vj. 47.829 Tsd. €) sind im Wesentlichen folgende Rückstellungen enthalten:

	31.12.2019	31.12.2018*	31.12.2018
	T€	T€	T€
Ausstehende Rechnungen	13.874	17.186	18.287
Altersteilzeit	4.401	9.843	9.840
diverse Regulierungssachverhalte	4.301	3.627	3.627
sonstige Personalaufwendungen	4.173	272	37
Regulierungskonto	2.372	8.338	8.338
Tantiemen, Urlaubsansprüche, Gleitzeitguthaben und Leistungszulage	1.932	2.515	1.594
Rückzahlungen von Investitionszuschüssen aus Erschließungsverträgen	909	1.333	1.333
	31.962	43.114	43.056

Die in den sonstigen Rückstellungen darüber hinaus enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen werden mit Vermögensgegenständen zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes (AtG), welche vom GASAG Treuhand e. V., Berlin, gehalten werden, saldiert. Der GASAG Treuhand e. V. hat die ihm von der NBB übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden.

	31.12.2019
	T€
Erfüllungsrückstand der verrechneten Schulden	9.233
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	4.832
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	4.832
Verrechnete Aufwendungen aus Altersteilzeitverpflichtungen	130

Der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände entspricht den Anschaffungskosten, da es sich hierbei um Festgeldanlagen handelt.

VERBINDLICHKEITEN

Art der Verbindlichkeit	31.12.2019			31.12.2018*				31.12.2018	
	ins- gesamt	davon mit einer Rest- laufzeit		ins- gesamt	davon mit einer Rest- laufzeit			ins- gesamt	davon mit einer Rest- laufzeit
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre		
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	1.548	1.302	246	37	0	0
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.113	1.113	0	1.068	1.068	0		1.069	1.069
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.095	5.095	0	4.575	4.575	0	0	4.295	4.295
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.716	2.716	0	5.646	5.646	0	0	5.727	5.727
<i>(davon aus Lieferungen und Leistungen)</i>	<i>(2.507)</i>	<i>(2.507)</i>	<i>(0)</i>	<i>(5.612)</i>	<i>(5.612)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(5.693)</i>	<i>(5.693)</i>
<i>(davon aus sonstigen Verbindlichkeiten)</i>	<i>(209)</i>	<i>(209)</i>	<i>(0)</i>	<i>(34)</i>	<i>(34)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(34)</i>	<i>(34)</i>
<i>(davon gegenüber Gesellschaftern)</i>	<i>(1.110)</i>	<i>(1.110)</i>	<i>(0)</i>	<i>(58)</i>	<i>(58)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(55)</i>	<i>(55)</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	74	74	0	0	74	74
<i>(davon aus Lieferungen und Leistungen)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(74)</i>	<i>(74)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(74)</i>	<i>(74)</i>
Sonstige Verbindlichkeiten	2.789	2.762	27	6.623	5.844	779	30	5.277	5.277
<i>(davon aus Steuern)</i>	<i>(1.265)</i>	<i>(1.265)</i>	<i>(0)</i>	<i>(4.099)</i>	<i>(4.099)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(4.075)</i>	<i>(4.075)</i>
<i>(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)</i>	<i>(191)</i>	<i>(191)</i>	<i>(0)</i>	<i>(1)</i>	<i>(1)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>
	11.713	11.686	27	19.534	18.509	1.025	67	16.442	16.442

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 1.110 Tsd. € (Vj. * 58 Tsd. €, Vj. 55 Tsd. €) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält insbesondere Zuschüsse in Höhe von 65.266 Tsd. € (Vj.* 61.205 Tsd. €, Vj. 61.205 Tsd. €) gemäß Niederdruckanschlussverordnung (NDAV), die über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam vereinnahmt werden.

In den Umsatzerlösen sind Erträge aus der Erstattung von Biogaskosten (auf Basis von Plankosten) durch den marktgebietsaufspannenden Netzbetreiber enthalten. Dem gegenüber stehen die tatsächlichen Kosten, die aus dem Betrieb der Biogasanschlüsse resultieren. Der die Kosten übersteigende Anteil des vereinnahmten Ertrags wurde zum 31. Dezember 2019 mit einem Bestand in Höhe von 1.909 Tsd. € (Vj. 590 Tsd. €) passivisch abgegrenzt. Die Auflösung erfolgt mit dem Plan-Ist-Abgleich der Biogaskosten, welcher in der Regel im zweiten Geschäftsjahr nach dem Bilanzstichtag durchgeführt wird.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Darstellung wurde um die Spalte „2018*“ ergänzt. Die angepassten Vorjahreszahlen (*) beinhalten die Jahreswerte der NBB und der BEGA.tec.

Umsatzerlöse

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2019 betragen 417.953 Tsd. € (Vj.* 400.850 Tsd. €, Vj. 398.016 Tsd. €). Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie um von den Transportkunden vereinnahmte Konzessionsabgaben.

In den Netzentgelten sind Erlöse aus der Weiterwälzung von Kosten der vorgelagerten Netze enthalten.

In den Umsatzerlösen werden Erlöse aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 15.853 Tsd. € (Vj.* 14.804 Tsd. €, Vj. 14.804 Tsd. €) ausgewiesen, von denen 3.427 Tsd. € (Vj.* 4.486 Tsd. €, Vj. 4.486 Tsd. €) periodenfremd sind. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar. Den Erlösen aus Mehr- und Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber gegenüber, die in den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ausgewiesen werden.

Zudem sind periodenfremde Umsatzerlöse aus Netzentgelten und Konzessionsabgaben in Höhe von –411 Tsd. € (Vj.* –1.097 Tsd. €, Vj. –1.097 Tsd. €) enthalten.

Bestandsveränderungen

Die Bestandsveränderungen betreffen hauptsächlich unfertige Leistungen für Rohrnetz- und Anlagentechnik.

Andere aktivierte Eigenleistungen

In den anderen aktivierten Eigenleistungen sind in Höhe von 569 Tsd. € (Vj.* 0 Tsd. €, Vj. 0 Tsd. €) Eigenleistungen im Zusammenhang mit im Bau befindlicher Anlagentechnik ausgewiesen. Weiterhin sind in den anderen aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 125 Tsd. € (Vj.* 115 Tsd. €, Vj. 115 Tsd. €) Eigenleistungen im Zusammenhang mit entgeltlich erworbener Software enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

	2019	2018*	2018
	T€	T€	T€
Auflösung von Rückstellungen	4.668	2.826	2.703
Erstattungen von Schäden	633	470	464
Boni, Gutschriften und Erstattungen aus Vorjahren	381	329	329
Erstattungen von Ergebnisbeteiligungen	332	291	291
Sonstige Erstattungen	650	196	196
Veränderungen von Wertberichtigungen	6	4	4
Übrige	464	325	209
	7.134	4.441	4.196

Materialaufwand

	2019	2018*	2018
	T€	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	28.270	27.309	25.780
Bezogene Leistungen	346.188	322.831	336.926
	374.458	350.140	362.706

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren beinhalten unter anderem Aufwendungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 15.853 Tsd. € (Vj.* 14.804 Tsd. €, Vj. 14.804 Tsd. €), von denen 3.427 Tsd. € (Vj.* 4.486 Tsd. €, Vj. 4.486 Tsd. €) periodenfremd sind.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzpachtaufwendungen und weitere Leistungen für Rohrnetze, Aufwendungen aus vorgelagerten Netzen sowie Ablesungs- und Abrechnungsaufwendungen.

Personalaufwand

	2019	2018*	2018
	T€	T€	T€
Löhne und Gehälter	34.664	32.500	24.018
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	9.312	8.866	5.713
<i>(davon für Altersversorgung)</i>	<i>(1.809)</i>	<i>(1.974)</i>	<i>(1.307)</i>
	43.976	41.366	29.731

Die Löhne und Gehälter beinhalten Aufwendungen für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 0 Tsd. € (Vj.* 168 Tsd. €, Vj. 168 Tsd. €).

Abschreibungen

Die Abschreibungen betreffen mit 1.043 Tsd. € (Vj.* 1.188 Tsd. €, Vj. 1.164 Tsd. €) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 2.642 Tsd. € (Vj.* 2.508 Tsd. €, Vj. 1.814 Tsd. €) planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2019	2018*	2018
	T€	T€	T€
IT-Leistungen und Hardwareleasing	5.660	4.785	4.657
Abfindungen	4.745	1.198	1.198
Mieten	4.161	4.991	3.938
Geschäftsbesorgungen	2.607	2.737	2.605
Abgaben, Gebühren und Beiträge	2.003	1.319	1.146
Beratungs- und Abschlusskosten	1.514	1.408	1.320
Versicherungen	1.502	1.496	1.160
Büro-, Post- und Telefonaufwand	1.311	1.416	1.298
Sonstige Dienst- und Fremdleistungen	759	721	455
Weiterbildungen	532	470	340
Ausbuchungen, Wertberichtigungen und Rückflüsse	457	747	747
Rechtsanwalt und Notarkosten	381	210	210
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb	359	531	523
Leistungen für Grundstücke und Gebäude	350	304	252
Leasing	302	479	192
Altersteilzeit	0	9.346	9.346
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	3.504	2.670	2.136
	30.147	34.828	31.523
davon periodenfremd	-17	-2	-2

Die Position Abfindungen enthält im Wesentlichen Aufwendungen für Personalmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Transformationsprogramm „GASAG 2025“.

Finanzergebnis

	2019	2018*	2018
	T€	T€	T€
Erträge aus Beteiligungen	109	1.190	62
<i>(davon aus verbundenen Unternehmen)</i>	(0)	(1.128)	(0)
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	81	111	111
<i>(davon aus verbundenen Unternehmen)</i>	(81)	(111)	(111)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	368	184	180
<i>(davon aus verbundenen Unternehmen)</i>	(134)	(69)	(69)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.359	957	838
<i>(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)</i>	(501)	(339)	(332)
<i>(davon an verbundene Unternehmen)</i>	(348)	(232)	(214)
	-801	528	-485

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren im Wesentlichen aus Zinsen für Gewerbesteuererstattungen der Gemeinden sowie der Gewerbesteuerumlage 2013 bis 2017 der Kommanditisten aufgrund der Betriebsprüfung. In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Zinsen auf Gewerbesteuer in Höhe von 406 Tsd. € (Vj. * 77 Tsd. €), aus Avalgebühren gegenüber der GASAG in Höhe von 163 Tsd. € (Vj. * 163 Tsd. €) sowie aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 501 Tsd. € (Vj. * 339 Tsd. €) enthalten.

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten den Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 0 Tsd. € (Vj. 4.562 Tsd. €) sowie Gewerbesteuer für vorangegangene Jahre in Höhe von 165 Tsd. € (Vj. -408 Tsd. €; Erstattungsüberhang).

Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages sind die Kommanditisten der Gesellschaft verpflichtet, die auf steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbelastungen bzw. -entlastungen zu tragen. Der auf diesem Sachverhalt beruhende Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr beträgt 2.277 Tsd. € (Vj. 5.546 Tsd. €). Gemäß § 12.2 des Gesellschaftsvertrages wird der Gewerbesteueraufwand im Zusammenhang mit den Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der Kommanditisten an die NBB erstattet. Für vorangegangene Jahre ergab sich eine periodenfremde Gewerbesteuerrückerstattung der NBB an die Kommanditisten in Höhe von 12 Tsd. € (Vj. 35 Tsd. €).

Außerbilanzielle Geschäfte / sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 406.941 Tsd. € (Vj. * 393.809 Tsd. €, Vj. 389.672 Tsd. €). Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 198.692 Tsd. € (Vj. * 195.062 Tsd. €, Vj. 195.062 Tsd. €) sowie gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 32.955 Tsd. € (Vj. * 33.398 Tsd. €, Vj. 33.398 Tsd. €). Bestellobligos bestehen in Höhe von 55.409 Tsd. € (Vj. * 44.889 Tsd. €, Vj. 44.889 Tsd. €).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Netzpachtverträge mit der GASAG, der EMB und der SpreeGas über die Wirtschaftsgüter des Gasnetzes inklusive Asset-Owner-Kosten sowie die Bestellung fester Netzkapazitäten in vorgelagerten Netzebenen.

Die NBB zieht aus den nachfolgenden Pachtverhältnissen die Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können:

Es bestehen Verträge über die Verpachtung der Wirtschaftsgüter der Gasnetze mit allen technischen Nebeneinrichtungen mit der GASAG, EMB, SpreeGas, Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz, Rathenower Netz GmbH, Rathenow, Netzgesellschaft Hohen Neuendorf GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf, und Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf. Der Vertrag für das Berliner Gasnetz endet mit der Übereignung oder Besitzeinräumung (Neuverpachtung) des Pachtgegenstandes an einen Dritten im Zuge der Vergabe der Konzession durch das Land Berlin. Alle übrigen Verträge haben zum Stichtag eine Laufzeit zwischen einem und 17 Jahren.

Bei allen genannten Pachtverträgen trägt die NBB als Pächterin während der Laufzeit des Vertrages alle Kosten und Lasten in Bezug auf den Pachtgegenstand.

Für den überwiegenden Teil der Mitarbeiter*innen der NBB besteht eine Mitgliedschaft bei der VBL. Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2019 für den Abrechnungsverband West 8,26 %. Davon leistet der Arbeitgeber 6,45 % und der Arbeitnehmer 1,81 %. Im Abrechnungsverband Ost betrug der Umlagesatz 1,0 %, den der Arbeitgeber trägt. Ferner wird im Abrechnungsverband Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 6,25 % erhoben. Davon leistet der Arbeitgeber 2,00 % und der Arbeitnehmer 4,25 %. Das umlagepflichtige Entgelt betrug im Geschäftsjahr 22.222 Tsd. €.

Darüber hinaus besteht für die ehemaligen Mitarbeiter*innen der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz), nachfolgend SWF genannt, eine Mitgliedschaft beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg – Zusatzversorgungskasse. Die ZVK Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – ist im Land Brandenburg die betriebliche Altersversorgung des kommunalen öffentlichen Dienstes. Die Finanzierung erfolgt weitestgehend analog den Regelungen der VBL (Umlage: 1,1 %, Zusatzbeitrag: jeweils 2,4 % für Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Für ehemalige Mitarbeiter*innen der BEGA.tec, die unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe fallen, werden als Form der überbetrieblichen Altersversorgung Arbeitgeberbeiträge im Rahmen der „Tarifrente Bau“ erhoben. Es handelt sich dabei um eine kapitalgedeckte Zusatzversorgung. Je nach Mitarbeitergruppe werden gem. dem „Tarifvertrag über eine zusätzliche Altersversorgung im Baugewerbe (TZA Bau)“ unterschiedliche Festbeträge bzw. Beträge als Prozentwerte des Bruttolohnes zugesagt.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten zudem Leasingkosten in Höhe von 1.174 Tsd. € (Vj.* 828 Tsd. €).

Weitere Verpflichtungen beinhalten sonstige Dienstleistungsverträge, Wartungs- und Betriebsführungskosten, Geschäftsbesorgungen, Versicherungen, Mieten, Abwicklung von Netzanschlussfragen, die noch nicht zugeführten Anteile von Ansammelmrückstellungen sowie Verpflichtungen aus einem Sponsorenvertrag.

Sonstige Angaben

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin NBB GmbH.

Geschäftsführer der NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, sind:

Dipl.-Ing. (FH) Maik Wortmeier (Vorsitzender)
Technischer Bereich

Dipl.-Kfm. Frank Behrend
Kaufmännischer Bereich

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

MITARBEITER IM JAHRESDURCHSCHNITT

	2019	2018
	T €	T €
Männer	528	299
Frauen	139	115
	667	414

KONZERNVERHÄLTNISSSE

Der Jahresabschluss der NBB wird im Rahmen des von der GASAG für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufgestellten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2019 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Zur Erstellung eines Konzernabschlusses war die NBB zum 31. Dezember 2019 nicht verpflichtet, da die GASAG in ihrer Eigenschaft als Konzernleitung zum 31. Dezember 2019 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung für die NBB erstellt. Die Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden des befreienden Konzernabschlusses folgen den für die Europäische Union gültigen International Financial Reporting Standards.

NACHTRAGSBERICHT

Jeweils mit Schreiben vom 22. Januar 2020 informierte die Senatsverwaltung für Finanzen GASAG und NBB darüber, das Gasnetzkonzeptionsvergabeverfahren für Berlin vor dem Hintergrund des Kammergerichtsurteils vom 4. April 2019 in den Stand vor Versendung des zweiten Verfahrensbriefs zurückzusetzen. Weiter wurde GASAG und NBB die Übersendung eines zweiten modifizierten Verfahrensbriefs samt Kriterienkatalog angekündigt.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Abschlussstichtag eingetreten sind, lagen nicht vor.

ANGABEN ZUM GESAMTHONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die Angaben für das im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im von der GASAG aufgestellten Konzernabschluss.

GESCHÄFTE GRÖßEREN UMFANGS GEMÄSS § 6B ABS. 2 ENWG

	2019
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftraggeber	T€
Bauleistungen	89.662
Technische Betriebsführung	1.885
Dienstleistungen	739
Grundstücks- und Gebäudemieten sowie übrige Miet- und Pächterlöse	224

MIT VERBUNDENEN UND ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

Auftraggeber waren GASAG, die EMB, die SpreeGas, die Stadtwerke Forst GmbH, Forst, die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst, die Rathenower Netz GmbH, Rathenow, die Netzgesellschaft Hohen Neuendorf Gas GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf, die KKI und die Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf.

Die Bauleistungen beinhalten im Wesentlichen die investiven Maßnahmen für das Gasnetz der Asset Owner.

	2019
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftragnehmer	T€
Darlehensaufnahme	49.500
Anlagenkäufe	31.123
Ablesungs- und Abrechnungsleistungen	9.879
IT- und Telekommunikationsleistungen	3.222
Dienstleistungen	2.777
Geschäftsbesorgung	2.077
Grundstücks- und Gebäudemieten sowie übrige Miet- und Pächterlöse	1.542
Übertragung Geschäftsbereiche	1.328
Übernahme VVA-Zahlungen	399

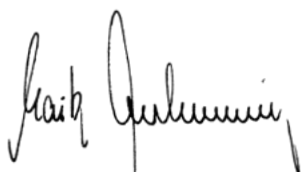
Auftragnehmer waren GASAG, die BAS, die KKI, die GASAG Solution, die EMB, die WGI und die DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin.

Zudem besteht ein Cash-Pooling-Vertrag, in dessen Rahmen der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 5.000 Tsd. € zur Verfügung steht. Die kurzfristige Darlehensaufnahme ist zum Bilanzstichtag getilgt. Des Weiteren verzeichnet die NBB Pacht aufwendungen für die Gasnetze der Anteilseigner.

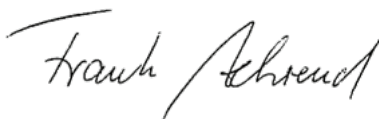
Die NBB übernimmt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der GASAG für die Versorgungszusage gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) anteilig die anfallenden laufenden Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen.

Berlin, 18. Februar 2020

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG



Maik Wortmeier



Frank Behrend

NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

Anlagenpiegel

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für die Zeit vom 1.1.2019 bis 31.12.2019 nach HGB

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsstand	Zugänge aus Verschmelzung	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen aus Verschmelzung	Abschreibungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 4	Endstand	am 31.12.2019	am Ende des vorangehenden Geschäftsjahres
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	8.577	315	689	127	+ 62	9.516	5.915	271	928	126	6.988	2.528	2.662
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	1.502	0	0	1.502	0	0	115	0	115	1.387	0
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	329	0	300	122	./. 62	445	0	0	0	0	0	445	329
	8.906	315	2.491	249	+ 62 ./. 62	11.463	5.915	271	1.043	126	7.103	4.360	2.991
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	6.231	321	283	0	0	6.835	97	127	190	0	414	6.421	6.134
2. Mietereinbauten	1.588	0	13	0	0	1.601	1.047	0	72	0	1.119	482	541
3. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	52	0	0	0	0	52	52	0	0	0	52	0	0
4. Verteilungsanlagen	8.770	-	32.692	139	0	41.323	2.514	0	704	101	3.117	38.206	6.256
5. Andere technische Anlagen und Maschinen	0	2.826	325	879	0	2.272	0	2.733	38	853	1.918	354	0
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.181	5.470	1.489	1.047	+ 28	14.121	4.562	3.121	1.638	674	8.647	5.474	3.619
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	103	0	4.660	0	+ 864 U) 892	5.627	0	0	0	0	0	5.627	103
	24.925	8.617	39.462	2.065	+ 892 ./. 0	71.831	8.272	5.981	2.642	1.628	15.267	56.564	16.653
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	170	322	3.147	3.469	0	170	0	0	0	0	0	170	170
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.110	0	0	0	0	4.110	3.450	0	0	0	3.450	660	660
3. Beteiligungen	1.281	0	0	0	0	1.281	0	0	0	0	0	1.281	1.281
4. Sonstige Ausleihungen	496	0	0	0	0	496	0	0	0	0	0	496	496
	6.057	322	3.147	3.469	+ 0 ./. 0	6.057	3.450	0	0	0	3.450	2.607	2.607
	39.888	9.254	45.100	5.783	+ 954 ./. 62	89.351	17.637	6.252	3.685	1.754	25.820	63.531	22.251

U) davon Umgliederung aus den unfertigen Leistungen

Tätigkeitsbilanz Gasverteilung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
zum 31.12.2019

Aktivseite	31.12.2019	31.12.2018*	31.12.2018
	Verteilung T€	Verteilung T€	Verteilung T€
A. Anlagevermögen	60.557	21.698	19.492
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.071	2.839	2.799
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	3.656	2.531	2.491
2. Geleistete Anzahlungen	415	308	308
II. Sachanlagen	56.032	18.404	16.238
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	6.397	6.317	6.134
2. Mietereinbauten	451	507	507
3. Verteilungsanlagen	38.206	6.256	6.256
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.367	5.228	3.245
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.611	96	96
III. Finanzanlagen	454	455	455
Sonstige Ausleihungen	454	455	455
B. Umlaufvermögen	63.926	101.050	100.135
I. Vorräte	1.446	961	674
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	111	287	0
2. Unfertige Leistungen	36.574	34.446	34.446
3. Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte	-35.239	-33.772	-33.772
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62.472	99.572	99.461
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	22.361	25.602	25.602
<i>davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr</i>	3	2	2
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	28.176	65.313	65.313
<i>davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	15.164	14.301	14.301
<i>davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr</i>	0	2	2
<i>davon gegen Gesellschafter</i>	11.263	10.906	10.906
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11.935	8.657	8.546
<i>davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr</i>	0	0	2
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	8	517	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	44	1.503	1.503
Negatives zugeordnetes Eigenkapital	0	5.199	7.224
Bilanzsumme	124.527	129.450	128.354

Passivseite	31.12.2019	31.12.2018*	31.12.2018
	Verteilung T€	Verteilung T€	Verteilung T€
A. Zugeordnetes Eigenkapital	6.525	0	0
B. Sonderposten	0	0	0
C. Rückstellung	41.246	51.892	51.058
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.493	3.023	2.841
2. Steuerrückstellungen	1.674	1.153	1.153
3. Sonstige Rückstellungen	36.079	47.716	47.064
D. Verbindlichkeiten	9.520	15.654	15.392
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.113	1.069	1.069
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	1.113	1.069	1.069
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.371	4.531	4.269
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	3.371	4.531	4.269
3. Konten der Gesellschafter	0	0	0
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	0	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.420	5.703	5.703
<i>davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	444	5.570	5.570
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	2.420	5.703	5.703
<i>davon gegen Gesellschafter</i>	1.110	55	55
5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.616	4.351	4.351
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	2.616	4.351	4.351
<i>davon aus Steuern</i>	1.187	3.220	3.220
E. Rechnungsabgrenzungsposten	67.236	61.904	61.904
Bilanzsumme	124.527	129.450	128.354

* Die angepassten Vorjahreszahlen beinhalten die Werte der Verschmelzungsbilanz zwischen NBB und BEGA.tec zum 01.01.2019.

Gewinn- und Verlustrechnung Gasverteilung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für die Zeit vom 1.1.2019 bis 31.12.2019

	31.12.2019	31.12.2018*	31.12.2018
	Verteilung T€	Verteilung T€	Verteilung T€
1. Umsatzerlöse	409.121	392.569	392.569
2. Bestandsveränderungen	2.128	5.758	5.758
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	695	115	115
4. Sonstige betriebliche Erträge	6.822	4.187	4.128
5. Materialaufwand	371.936	346.535	360.164
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	27.860	26.802	25.605
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	344.076	319.733	334.559
6. Personalaufwand	39.851	37.835	27.702
a) Löhne und Gehälter	31.307	29.553	22.175
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	8.544	8.281	5.527
<i>davon für Altersversorgung</i>	1.772	825	203
7. Abschreibungen	3.445	3.401	2.799
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.228	33.756	30.994
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	368	180	180
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	-134	-69	-69
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.320	840	834
<i>davon an verbundene Unternehmen</i>	347	211	211
<i>davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen</i>	501	338	332
Ergebnis vor Steuern	-26.646	-19.558	-19.743
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2.235	-1.408	-1.437
Ergebnis nach Steuern	-24.411	-18.150	-18.306
12. Sonstige Steuern	90	67	29
Jahresfehlbetrag	-24.501	-18.217	-18.335
13. Lastschrift auf Gesellschafterkonten	24.501	18.217	18.335
	0	0	0

* Die angepassten Vorjahreszahlen beinhalten die Werte der NBB, der BEGA.tec, der SoKo und der BEGA.tec Verwaltung für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2018.

Anhang zum Tätigkeitsabschluss

Gasverteilung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

1. Abschreibungsmethoden

Bezüglich der nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG geforderten Angabe zu den Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses.

2. Regeln für die Zuordnung der Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie der Aufwendungen und Erträge zu den gemäß den Sätzen 1 bis 4 des § 6b Abs. 3 EnWG geführten Konten

BILANZ

Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, dann erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen werden im Verhältnis des Personalaufwands geschlüsselt.

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt entsprechend den Einlagen der Gesellschafter. Die Aufteilung auf die Tätigkeiten für die einzelnen Gesellschafter wird entsprechend der erstmaligen Aufteilung der Einlagen vorgenommen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Der Ausgangspunkt für die Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsabschlusses bildet die von der NBB implementierte Mandantenergebnisrechnung, anhand derer die Gewinnverteilung auf die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung und Sonstige Tätigkeiten je Gesellschafter ermittelt wird. Die Zuteilung erfolgt dabei über Profitcenter der NBB.

Die Verrechnung der Leistungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgt auf Basis einer Stundenschreibung sowie der Umlage entsprechender Verwaltungsgemeinkosten über Aufträge mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Verteilung und Sonstige Tätigkeiten.

Umsatzerlöse:

Die Zuordnung der Umsatzerlöse erfolgt nahezu vollständig direkt auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich.

Materialaufwand:

Der wesentliche Teil der Materialaufwendungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet.

Personalaufwand:

Alle Mitarbeiter sind jeweils einem Profitcenter zugeordnet. Die Personalaufwendungen für die jeweiligen Mitarbeiter werden direkt auf den Profitcentern erfasst. Die Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen erfolgt über eine Stundenschreibung.

Sonstiger betrieblicher Aufwand:

Die Verteilung des sonstigen betrieblichen Aufwandes erfolgt über die tätigkeitsspezifische Zuordnung der Profitcenter bzw. die verursachungsgerechte Verteilung mittels Schlüssel.

Aufwand für IT-Leistungen:

Aufwendungen für IT-Leistungen werden unter anderem unter Berücksichtigung der Anzahl der den einzelnen Profitcentern zugeordneten Benutzerprofile für die jeweiligen Anwendungen auf die Tätigkeitsbereiche verteilt.

Aufwand für Ertragsteuern:

Die tätigkeitsspezifische Aufteilung der Ertragsteuern erfolgt unter Berücksichtigung der erstellten Sonderbilanzen der einzelnen Mandanten sowie der Schlüsselung entsprechend dem Gewinn vor Steuern für die einzelnen Tätigkeiten.

3. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in diesem Tätigkeitsabschluss nicht.

4. Änderung der Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr

Es gab im Berichtsjahr keine Änderungen von Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund der rückwirkend zum 1. Januar 2019 erfolgten Verschmelzung der BEGA.tec auf die NBB wurden im Tätigkeitsabschluss die Vorjahreswerte um die Spalte „31.12.2018*“ ergänzt. Die angepassten Vorjahreszahlen (*) beinhalten unter Berücksichtigung der Aufrechnungseffekte die kumulierten Werte der NBB und der BEGA.tec.

Die Kontentrennung für die Vergleichswerte 2018* erfolgte dabei in Anlehnung an den Tätigkeitsabschluss der BEGA.tec für die Sparte Gas des Geschäftsjahres 2018; angepasst um die Bewertungsansätze der NBB für den Tätigkeitsabschluss Gasverteilung.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- › entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- › vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- › identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- › gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- › beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- › ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- › beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- › beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir den Tätigkeitsabschluss für die Tätigkeit Gasverteilung nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie den als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung des Tätigkeitsabschlusses – geprüft.

- › Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- › Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Tätigkeitsabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und des Tätigkeitsabschlusses in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des Entwurfs einer Neufassung des IDW-Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Abs. 5 Energiewirtschaftsgesetz (IDW EPS 610 n.F.) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW-Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DIE EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung des Tätigkeitsabschlusses nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Tätigkeitsabschluss entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DER EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6b ABS. 3 ENWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- › ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- › ob der Tätigkeitsabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entspricht.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung des Tätigkeitsabschlusses entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Berlin, den 18. Februar 2020

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Thomas Schmid
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jörg Beckert
Wirtschaftsprüfer

Impressum

HERAUSGEBERIN

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

An der Spandauer Brücke 10 · 10178 Berlin
Telefon 030 81876-0 · Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de



EIN UNTERNEHMEN DER
GASAG
GRUPPE

HINWEIS ZUR SCHREIBWEISE MÄNNLICH/WEIBLICH

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der männlichen und weiblichen Bezeichnungen verzichtet wurde.

HINWEIS

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben etc.) auftreten.

UMSETZUNG

Layout und Satz

EKS – DIE AGENTUR

Energie Kommunikation Services GmbH, Berlin
www.eks-agentur.de

